

# PROJEKTE & NETZWERKE

## Von welchem Europa reden wir? Reichweiten nationaler Europadiskurse

Stefan Seidendorf\*

Seit dem negativen Ausgang der beiden Referenda über den Verfassungsvertrag in Frankreich (29.05.2005) und den Niederlanden (01.06.2005) sehen wir in einem umstrittenen Punkt klarer: Die populäre These von der öffentlichen Unsichtbarkeit Europas und dem Aufmerksamkeitsdefizit für alle EU-Themen kann nicht mehr aufrecht erhalten werden.<sup>1</sup> Nicht nur in den beiden Kernländern des europäischen Integrationsprozesses, die mit *non* beziehungsweise *nee* gestimmt haben, sondern in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben die Osterweiterung und die Frage nach den ‚Grenzen Europas‘, der Verfassungskonvent und die Referendums-Kampagnen dazu geführt, dass das Integrationsprojekt zum Gegenstand einer politischen Auseinandersetzung wurde.<sup>2</sup> Es ist eingetreten, was von Wissenschaftlern und EU-Prakti-

kern immer wieder gefordert worden war: Das politische Europa wird zum Gegenstand einer öffentlichen Debatte. Allerdings ist diese Debatte nicht entlang einer einheitlichen *politischen* Spaltungsstruktur („links-rechts“) organisiert.<sup>3</sup> Die Debatte – so unsere Ausgangsbeobachtung, so auch die meisten Untersuchungen zur Europäischen Öffentlichkeit<sup>4</sup> – findet in national abgegrenzten Arenen statt und ist entsprechend durch *territoriale* Spaltungsstrukturen gekennzeichnet. Die damit verbundenen, grundsätzlichen und tiefgehenden Fragen nach der Legitimität Europas, nach gemeinsamen Werten und der europäischen politischen Identität, die die Schaffung einer gemeinsamen, demokratischen politischen Struktur jenseits der Nationalstaaten rechtfertigen könnte, werden vorherrschend *national* diskutiert. Dabei verstehen wir diese

\* Dr. Stefan Seidendorf, wiss. Mitarbeiter, Lehrstuhl für Internationale Beziehungen/Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Integration, Universität Mannheim. Für hilfreiche Kommentare bedanke ich mich bei Harry Bauer und Fabrice Larat.

- 1 Kritik an der Behauptung des Aufmerksamkeitsdefizits auch schon bei Klaus Eder/Cathleen Kantner: Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit, in: Maurizio Bach (Hrsg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Wiesbaden 2000, S. 306-331.
- 2 Zur Politisierung der Union siehe die Debatte in Notre Europe: Politics: The Right or Wrong Sort of Medicine for the EU?, Policy Paper Nr. 19/2006 mit Beiträgen von Simon Hix: Why the EU needs (Left-Right) Politics? Policy Reform and Accountability are Impossible without it, S. 1-27 und Stefano Bartolini: Should the Union be „Politicised“? Prospects and Risks, S. 28-50, abrufbar unter: <http://www.notre-europe.asso.fr/IMG/pdf/Policypaper19-en.pdf> sowie John-Erik Fossum/Hans-Jörg Trenz: When the people come, in: Constitution-Making and the belated politicisation of the European Union, in: European Governance Papers (EUROGOV), Nr. C-06-03/2006 unter <http://www.connex-network.org/eurogov/pdf/egp-connex-C-06-03.pdf> (letzte Zugriffe: 19.05.2006).
- 3 Zum Begriff der „cleavage structure“ (Spaltungsstruktur) und seine Rolle bei der Herausbildung nationalstaatlicher Demokratien in Europa siehe Stein Rokkan: Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora, Frankfurt am Main 2000, S. 19.
- 4 Ein Zugang zu den mittlerweile zahlreichen Arbeiten zur „Europäischen Öffentlichkeit“ bzw. europäischen *public sphere* bei Hans-Jörg Trenz: Europa in den Medien. Die europäische Integration im Spiegel nationaler Öffentlichkeit, Frankfurt am Main 2006 (mit weiterer Literatur). Weiterhin Ansgar Klein/Ruud Koopmans/ Hans-Jörg Trenz u.a. (Hrsg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa, Opladen 2003. Eine etwas variierte Definition von „Europäischer Öffentlichkeit“ bei Marianne van de Steeg: Re-Thinking the Conditions for a Public Sphere in the European Union, in: European Journal of Social Theory 4/2002, S. 499-519. Normativ Jürgen Habermas: Der gespaltene Westen, Frankfurt am Main 2004, S. 68-83, hier S. 71.

Annahme sowohl räumlich als auch ideell: Es sind die im Rahmen der eingespielten, nationalen politischen Debatte entwickelten Bedeutungszusammenhänge und sozialen Repräsentationen, mit denen versucht wird, Europa zu rechtfertigen oder abzulehnen.

Diese Beobachtung bildet die Ausgangslage für ein von der ASKO Europa-Stiftung (Saarbrücken) und dem Deutsch-Französischen Institut (Ludwigsburg) gemeinsam initiiertes und gefördertes Projekt im Rahmen der „Deutsch-französischen Zukunftswerkstatt“.<sup>5</sup> Thema ist eine vergleichende Untersuchung von Europadiskursen in verschiedenen Mitgliedsländern, wie sie zwischen der Erweiterung der Union um zehn neue Mitgliedstaaten (01.05.04) und der Ratifikationsphase des Verfassungsvertrags (2005) geführt wurden. Das Projekt bringt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus fünf Mitgliedsländern für eine Diskursanalyse der Europakonstruktion in neun Mitgliedstaaten zusammen. Ergänzt wird das Projekt durch eine ‚Außen-‘ und ‚Innenperspektive‘ auf die diskursive Konstruktion Europas.

Im Folgenden soll die Relevanz einer solchen Untersuchung gezeigt werden und einige Besonderheiten des Projekts in Abgrenzung zu ähnlich angelegten Forschungen erläutert werden. Schließlich endet der Werkstattbericht mit der Präsentation einiger vorläufiger Ergebnisse.

#### *Warum Europadiskurse untersuchen?*

Die beschriebenen öffentlichen Debatten über Europa verbinden zwei Phänomene, die Grundfragen zur Ordnung und Existenz des politischen Gemeinwesens selbst betreffen. Einerseits geht es in den Debatten darum, öffentliche Zustimmung dafür zu gewinnen, die politische Ordnung der nationalen Gesell-

schaften grundlegend zu verändern. Welche „guten, zustimmungsfähigen Gründe“<sup>6</sup> lassen es gerechtfertigt erscheinen, den nationalstaatlichen Rahmen demokratischer Entscheidungsfindung gegen ein erst in seinen Umrissen erkennbares, supranationales Experiment einzutauschen? Daneben tritt der Konstruktionsprozess ebenjener supranationalen Ordnung. Wie soll diese entstehende Europäische Union gestaltet werden, um den aus gewohnter nationalstaatlicher Umgebung bekannten Grundanforderungen demokratischen Regierens zu genügen, was sind die zu bewahrenden gesellschaftlichen Standards und wo ist Veränderung möglich oder unumgänglich? Dies ist die vielbemühte Frage nach den ‚Werten Europas‘, oder umständlicher, aber exakter: die Frage nach der politischen Definition der Europäischen Union. Wofür wollen wir als politisches Gemeinwesen stehen, was sind die gemeinsamen Grundlagen, die es angebracht erscheinen lassen, Politik in einem gemeinsamen Rahmen zu gestalten? Dass ein solcher Selbstverständigungsprozess notwendig für die Legitimation des fortschreitenden Integrationsprojekts sei wird beispielsweise von Jürgen Habermas vertreten.<sup>7</sup> Schon aus den angeführten normativen Gesichtspunkten erscheint eine empirische Untersuchung dieses Phänomens sinnvoll, um einen Überblick über mögliche Argumente in den verschiedenen nationalen Debatten zu erhalten.

Wendet man den Blick von der normativen auf die analytische Ebene, so ergibt sich die Relevanz des Projekts aus einem weiteren Grund. Beim Versuch der diskursiven Konstruktion der politischen Identität Europas handelt es sich um einen sozialen Prozess der Gruppenbildung.<sup>8</sup> Eine Untersuchung des europäischen Zusammenhangs könnte weitere Erkenntnisse darüber liefern, wie solche Prozesse in (sprachlich und kulturell) heterogenen

5 Die Homepage des Projekts: <http://www.zukunftgestalten.com/deutsch/projekt.htm> (letzter Zugriff: 19.05.2006).

6 So Peter Graf Kielmansegg: Integration und Demokratie, in: Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Europäische Integration, Opladen 2003, S. 49-85, hier S. 49.

7 Habermas: Der gespaltene Westen, S. 68-72.

Großgruppen stattfinden. Im Mittelpunkt steht die Entstehung gemeinsam geteilter Bedeutungen und das gemeinsame Verstehen von Handlungen und Situationen. Diese Prozesse können nur im gemeinsamen diskursiven Austausch über das je individuell Wahrgenommene stattfinden, sie benötigen also Sprache als Medium, um zu kollektiven Wahrnehmungen zu kommen.<sup>9</sup> Dabei bedienen sich die Sprecher bei in der Gruppe bekannten und akzeptierten diskursiven Ressourcen, um verständlich zu bleiben. Das heißt, sie ziehen gemeinsame Erinnerungen und Erfahrungen zur Interpretation neuer Phänomene heran.<sup>10</sup> Im europäischen Fall stellt sich der Prozess dabei folgendermaßen dar: Die Diskussion über dasselbe Phänomen (Europa) findet in unterschiedlichen Sprachen statt *und* bezieht sich auf historische Erfahrungen, die (obwohl häufig europäische) in den je unterschiedlichen

„Nationalgeschichten“ unterschiedliche oder sogar gegensätzliche Bedeutungen haben.

Es liegt also nahe, die nationalen Europadiskurse auf ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiedlichkeiten zu überprüfen und die Frage nach den Bedingungen für eine gegenseitige Verständigung zu stellen.<sup>11</sup> Nur in einem längeren Prozess des diskursiven Austauschs scheint es möglich, dass die Aufmerksamkeit der nationalen Arenen füreinander erhöht wird und eine gegenseitige Durchdringung entsteht, aus der gemeinsames Verständnis wachsen könnte.<sup>12</sup> Fraglich sind dabei die Bedingungen und Möglichkeiten eines solchen Prozesses. *Normativ* scheint es für die demokratische Zustimmung zu einem gemeinsamen politischen Projekt unerlässlich, sich über Sinn und Inhalt, Kosten und Nutzen, Begründung und Werte dieses Projekts zu ver-

- 8 Mit diesem Paradigma nimmt unser Projekt einen Platz unter den im weitesten Sinne sozial-konstruktivistisch inspirierten Arbeiten ein: Vorstellungen von ‚objektiv gegebenen‘ oder ‚unveränderbaren‘ Identitäten lehnen wir ab. Methodisch kann sich eine Diskursanalyse nicht auf Kausalzusammenhänge (zwischen Akteur und Struktur, zwischen zwei Variablen etc.) festlegen lassen, sondern postuliert die gegenseitige Bedingtheit gesellschaftlicher Prozesse. Die theoretische Skizze entsprechender Ansätze bei Ole Wæver: Discursive approaches, in: Antje Wiener/Thomas Diez (Hrsg.): European Integration Theory, Oxford 2004, S. 197-216. Zu den Unterschieden zwischen positivistischer Sozialwissenschaft und Konstruktivismus in den Europawissenschaften die Kritik am Konstruktivismus von Andrew Moravcsik: Is there something rotten in the state of Denmark? Constructivism and European Integration, in: Journal of European Public Policy 4/1999, S. 669-681; oder auch die Debatte zwischen einem ‚Konstruktivismus‘ und einem ‚Positivismus‘, Jeffrey Checkel/Andrew Moravcsik: A Constructivist Research Programme in EU Studies?, in: European Union Politics 2/2001, S. 219-249; etwas komplexer in Alexander Wendt: The agent-structure problem in international relations theory, in: International Organization 3/1987, S. 335-370.
- 9 Aus den vielfältigen Arbeiten zum ‚linguistic turn‘ vgl. Thomas Diez: Speaking ‚Europe‘: the politics of integration discourse, in: Journal of European Public Policy 4/1999, S. 598-613, Norman Fairclough: Analysing Discourse. Textual analysis for social research, London 2002, hier S. 123-133; Ruth Wodak/Rudolf de Cillia/Martin Reisigl u.a.: Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität, Frankfurt am Main 1998; Teun A. van Dijk (Hrsg.): Discourse as Social Interaction. (Discourse Studies 2 – A Multidisciplinary Introduction), London 1997; Knud-Erik Jørgensen (Hrsg.): Reflective Approaches To European Governance, London 1997, darin zu Frankreich Ulla Holm: The French Garden is no longer what it used to be, S. 122-145; Henrik Larsen: Foreign Policy and Discourse Analysis: France, Britain and Europe, London 1997.
- 10 Graf Kielmansegg: Integration und Demokratie, S. 58 schlägt ein Identitätsverständnis bestehend aus Kommunikations-, Erfahrungs- und Erinnerungsgemeinschaft vor. Die Frage ist, ob diese Kategorien selbst schon ‚Identität‘ ausmachen, also als ‚objektiv gegeben‘ angesehen werden, oder ob Akteure sich dieser Ressourcen bedienen, um Identität zu konstruieren.
- 11 Trenz: Europa in den Medien, S. 162-169.
- 12 Habermas: Der gespaltene Westen, S. 71 und ders.: Why Europe needs a Constitution, in: New Left Review September-Oktober/2001, S. 5-26, hier S. 17-18.

ständigen: Nur so kann es gelingen, neben der Zustimmung zum gemeinsamen Projekt, die auf der Effizienz seiner Leistungen beruht („output-legitimacy“<sup>13</sup>), auch die für ein demokratisches Gemeinwesen unerlässliche „diffuse Legitimität“ zu schaffen, die letztendlich erst die Identifikation (das „Bekenntnis“) der Bürger zur EU ermöglicht.

*Von welchem Europa reden wir? - Ein spezifischer Ansatz*

Die beiden Kategorien, die eine Untersuchung von Gruppenbildungsprozessen leiten können, betreffen dabei einerseits die räumliche und zeitliche *Verortung* der Gruppe, andererseits die Frage nach den *Inhalten*, welche die Gruppe transportieren möchte. Im EU-ropäischen Fall sind diese beiden untersuchungsleitenden Kategorien in jüngster Zeit erheblichen Veränderungen ausgesetzt gewesen. Einerseits wurden die Kategorien *Raum* und *Zeit* in Bezug auf die EU verändert: Osterweiterung und Türkeibeitritt stellen die Frage nach den räumlichen Grenzen der EU,<sup>14</sup> damit einher geht eine Ungleichzeitigkeit der gemeinsamen Erfahrungen als EU-ropäer. Die gemeinsamen Erfahrungen als EU-ropäer sind nicht dieselben für die Gründungsmitglieder, wie für die Neumitglieder, die EU erhält damit eine je andere Bedeutung entsprechend der unterschiedlichen Erfahrungen.<sup>15</sup> Andererseits ist die Diskussion um *Inhalte*, die die EU definieren, in vollem Gang. Die Arbeit des Verfassungskonvents kann so als Versuch verstanden werden, eine inhaltliche Definition der Gruppe zu leisten und Antwort auf die

Fragen zu geben, „wer wir sind“ und „was wir wollen“.<sup>16</sup> Die Phase von der Osterweiterung (1. Mai 2004) bis zur ‚Reflexionsphase‘ nach den Volksabstimmungen 2005 stellt den Kernbereich unserer Untersuchung dar. Dabei müssen jedoch auch frühere Beiträge zum Verständnis der Debatte herangezogen werden, ebenso wie wir uns – als Teilnehmer am Diskurs – bei der Interpretation unserer Befunde nicht von der gegenwärtigen Entwicklung abkoppeln können.

Die beiden Länder, die am längsten dem Integrationsprozess ausgesetzt waren und deren gemeinsame historische Erfahrung am stärksten den Integrationsprozess begründet und legitimiert haben, stehen im Zentrum unserer Analyse. Frankreich und Deutschland sind auch die Länder, die am intensivsten nach einer europäischen Identität gesucht haben und zwischen denen sich die stärksten gemeinsam definierten diskursiven Genealogien entwickelt haben.<sup>17</sup> Dazu werden weitere Länder untersucht, um sowohl die möglicherweise divergierenden Erfahrungen der Neumitglieder, als auch der südlichen und der europaskeptischen Mitgliedstaaten zu berücksichtigen. Im einzelnen umfasst unser Projekt Studien zu den Neumitgliedern *Ungarn, Polen, Tschechien* und *Litauen*, den südlichen Mitgliedern *Spanien* und *Italien*, sowie vier Fallstudien zum deutsch-französischen Komplex (*Deutschland, Frankreich, Referendum in Frankreich, deutsch-französische Debatte um einen Beitritt der Türkei*). Weiterhin wird die integrationssskeptische *britische* Sicht, die ‚Außenperspektive‘ der Vereinigten Staaten

13 Graf Kielmansegg: Integration und Demokratie, S. 52. Kielmansegg lehnt den Gedanken einer Legitimierung der EU einzig über die Ergebnisse ihrer Politik („spezifische Unterstützung“) ab und fordert stattdessen auch „diffuse Unterstützung“.

14 Vgl. Frank Schimmelfennig: The EU, NATO and the Integration of Europe. Rules and Rhetoric, Cambridge 2003, S. 194-228 über „rhetorisches Handeln“ in der Osterweiterung.

15 Fabrice Larat: Presenting the Past: Political Narratives on European History and the Justification of EU Integration, in: German Law Journal 2/2005, S. 273-290.

16 Valéry Giscard d'Estaing: Grundprinzip unserer Existenz ist unsere Einheit, Eröffnungsrede des Vorsitzenden vor dem Konvent zur Zukunft Europas am 26.02.2002.

17 Zur Rolle des deutsch-französischen Gegensatzes als Motor der europäischen Integration Mariano Barbato: Regieren durch Argumentieren. Macht und Legitimität politischer Sprache im Prozess der europäischen Integration, Baden-Baden 2005, S. 199-202. Deutsch-französische Genealogien bei Stefan Seidendorf: Europäisierung nationaler Identitätsdiskurse? Ein Vergleich französischer und deutscher Printmedien 1952 und 2000, Univ.-Diss., Mannheim 2005, S. 470-475.

von Amerika und die innerhalb der *Europäischen Kommission* konstruierte ‚Binnenperspektive‘ auf das supranationale Projekt untersucht.

Die Autoren der jeweiligen Teilstudien sind dabei meistens selbst *nicht* Bürger des von ihnen untersuchten Landes – das heißt, sie mussten sich zunächst das nötige Verständnis des von ihnen untersuchten Diskurses erarbeiten. Dahinter steht eine methodologische Überlegung. Die Möglichkeit, ‚von außen‘ in eine diskursive Arena einzutreten, lässt scheinbar ‚vorgegebene‘ und als ‚normal‘ angesehene und akzeptierte Deutungen nicht unhinterfragt stehen, vielmehr müssen sie expliziert werden, woraus sich eine differenziertere Sicht auf ihre Bedeutung und historische Genealogie ergibt. Gleichzeitig ergeben sich daraus erste Hinweise auf die mögliche ‚Wirkungsweise‘ eines bestimmten nationalen Diskurses in einer anderen nationalen Arena.

Die Quellen, die als Grundlage der Analyse dienen, decken ein breites Feld ab, wobei sich ihre Repräsentativität am Kriterium der ‚Öffentlichkeit‘ festmacht, das heißt, sie müssen Gegenstand einer öffentlichen Erörterung sein. In den „offenen Gesellschaften“<sup>18</sup> der europäischen Demokratien ist die Debatte in diesen Medien natürlich durch verschiedene Meinungen, Streit und Widerspruch gekennzeichnet. Außerdem ist der Diskurs jedoch auch durch gesellschaftliche Hierarchien charakterisiert, die darüber entscheiden, wessen Wort ‚mehr Gewicht‘ hat. Idealtypisch ergibt sich daraus der demokratische Konsens. Mediendiskurse stellen nicht nur ‚Öffentlichkeit‘

dar, sondern sie bilden auch die gesellschaftlichen Hierarchien ab, die über die Möglichkeiten eines Akteurs (mit-)entscheiden, den Diskurs beeinflussen zu können.<sup>19</sup> Die Beiträge vielfältiger Autoren, von ‚normalen Bürgern‘ über Intellektuelle und Politiker bis hin zu Institutionen, wie Präsidialamt und Zentralbank, ergeben gemeinsam den Versuch einer sinnhaften Interpretation mit dem Ziel, die durch die europäische Integration neu geschaffene Situation vor dem Hintergrund der vorhandenen, nationalen Erfahrungen und Erinnerungen zu verstehen und zu legitimieren.

Inhaltlich ist auf einer ersten Ebene der zeitliche Ablauf der ‚Ereignisse‘ zwischen Osterweiterung und Verfassungsreferenda der rote Faden, an dem sich der Diskurs wie die Analyse orientieren. Die Chronologie gibt vor, wann es zu einem rhetorischen Akt kommt; die entsprechenden Ereignisse, wie zum Beispiel Wahlkämpfe oder Staatsgipfel, geben die inhaltliche Rahmung vor. Hinter dieser ersten, direkt zu erfassenden Ebene liegt jedoch eine weitere, in die Analyse mit einzubeziehende Ebene. Sie orientiert sich an der übergeordneten Thematik der Definition und Begründung einer europäischen ‚Wir-Gruppe‘.

Um diese inhaltliche Verortung des Integrationsprojektes zu leisten, greifen die Akteure wiederum auf vorhandene diskursive Strukturen zurück, in denen sich beispielsweise Grundüberzeugungen demokratischen Regierens ausdrücken.<sup>20</sup> Entsprechend sind diese Grundüberzeugungen wiederum national geprägt. Aus den Gemeinsamkeiten zwischen den Mitgliedstaaten – liberale Demokratien,

18 Karl Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 2 Bände, Tübingen 1992.

19 Trenz: Europa in den Medien, S. 43-45.

20 Unter dem Begriff „Leitbilder“ wurde dieser Gedanke bereits eingeführt von Heinrich Schneider: Leitbilder in der Europapolitik, Bonn 1977. In jüngster Zeit Arbeiten im Anschluss an Schneider: Hartmut Marhold: Die neue Europadebatte. Leitbilder für das Europa der Zukunft, Bonn 2002 und das gemeinsam vom IEP, dem Jean-Monnet-Lehrstuhl der Universität zu Köln und der Universität Prag durchgeführte Projekt „Europapolitische Leitbilder in der erweiterten Europäischen Union. Fragmentierung, Kontinuität oder Neuformierung?“, abrufbar unter: <http://www.iep-berlin.de/forschung/leitbilder/index.htm> (letzter Zugriff: 06.06.2006). Stärker in der Perspektive der internationalen (angelsächsischen) Tradition steht die Verwendung des Begriffs bei Markus Jachtenfuchs: Die Konstruktion Europas: Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung, Baden-Baden 2003. Schließlich die Diskussion und Verbindung beider Ansätze bei Bruno Scholl: Der Einfluss nationaler Verfassungstraditionen auf die Konstitutionalisierungsdiskurse im Konvent zur Zukunft Europas, Wiesbaden 2006 (i.E.), S. 51.

Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft – ergibt sich aber auch ein diskursives Reservoir, das den Ausgangspunkt für eine Europäisierung der national geprägten Diskurse geben kann.<sup>21</sup>

### *Erste Ergebnisse*

Die bisherigen Ergebnisse belegen die Relevanz des Projekts: Zum einen können wir jetzt schon unsere Ausgangsthese bestätigen, dass die diskursive Legitimation des neugeschaffenen europäischen politischen Systems zunehmend zu einem Thema öffentlicher Debatten wird. Allerdings finden diese Debatten in diskursiven Arenen statt, die durch national akzeptierte ‚Erzählungen‘ und national etablierte ‚Realitäten‘ geprägt sind. Europa-Begründungen und das zugehörige europäische ‚Selbst-Verständnis‘ entwickeln sich zuerst in nationalen Zusammenhängen und bilden entsprechend nationale Sichtweisen ab. Erweitert wird diese zweite Grundannahme um die Feststellung einer weiteren „Spaltungsstruktur“<sup>22</sup>, entlang derer sich Diskurse organisieren. In allen untersuchten Ländern wird der Diskurs auch mit Blick auf die innenpolitische Rechts-Links-Dimension geführt, deren Koordinaten ihrerseits wiederum je national unterschiedlich liegen.

Die Stärke dieses Projekts, das weniger an sozialwissenschaftlicher Theoriebildung interessiert ist als an einem Überblick und einer Strukturierung der europäischen Diskurslandschaft, liegt in seiner empirischen Breite. Es zeigt sich beispielsweise, dass die normativen und ideellen Fragen nach dem Sinn und Zweck Europas in den Kernländern der Integration einen größeren Raum beanspruchen, als in den Beitrittsländern. Umgekehrt gilt für die instrumentelle Begründung EU-ropas die

Kosten-Nutzen-Diskussion, dass sie zwar in allen untersuchten Ländern anzutreffen ist, jedoch bei den Neumitgliedern (*nach* dem Beitritt) einen größeren Raum einnimmt. Offensichtlich wächst mit der Dauer der Teilnahme am Integrationsprozess die diffuse Legitimität des europäischen Gemeinwesens, während die Frage nach der Effizienz (Kosten-Nutzen-Diskussion) vor allem zu Beginn der Erfahrungen als Mitgliedsland steht.

Weiterhin zeigt unser Projekt, dass die Politisierung der Europadiskussion derzeit in erster Linie im nationalen Rahmen stattfindet. Die national vorhandenen und etablierten Wahrnehmungsstrukturen der politischen Lager dienen beispielsweise zur Rahmung der EU-Verfassungsdebatte in Frankreich.<sup>23</sup> Es gelingt eine fast beängstigende Politisierung des angeblich technokratischen und ‚langweiligen‘ EU-Projekts entlang zentraler Kategorien der nationalen politischen Auseinandersetzung (‚Links-rechts-Spaltungsstruktur‘), und die Europapolitik wird zu *dem* zentralen, die Medien beherrschenden politischen Thema. Die hohe Mobilisierung hat als Preis den verstärkten Rückgriff aller Lager auf die vorhandenen, etablierten Kategorien. Zusätzlich hat die Organisation dieser Auseinandersetzung – über den Verfassungsvertrag wird nur im nationalen Rahmen abgestimmt – zur Folge, dass die Debatte nochmals verstärkt in nationalen diskursiven Strukturen geführt wird. Beispiele sind dafür in Frankreich die angebliche Existenz eines ‚europäischen Sozialmodells‘ und seine Verteidigung durch die EU oder Vorstellungen über das internationale Wirtschaftssystem, die Rolle des Staates und das Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Akteuren, die alle einer spezifisch französischen Sichtweise entstammen und durch

21 Seidendorf: Identitätsdiskurse, S. 468-475.

22 Rokkan: Staat, Nation und Demokratie, S. 19.

23 Analysen zum französischen Referendum in: Le référendum de ratification du Traité constitutionnel européen: Comprendre le ‚non‘ français, hrsg. von Annie Laurent und Nicolas Sauger, Cahiers du CEVIPOF Nr. 42/2005. Darin Beiträge zur sozialen Frage von Sylvain Brouard/Nicolas Sauger: Comprendre la victoire du ‚non‘: proximité partisane, conjoncture et attitude à l’égard de l’Europe, S. 121-141; und zur medialen Kampagne von Christophe Piar/Jacques Gerstlé: Le cadrage du référendum sur la Constitution européenne: la dynamique d’une campagne à rebondissements, S. 42-73.



den französischen Diskurs geprägt sind. Über Europa wird also diskutiert, allerdings findet die Debatte als nationale Diskussion statt. Ähnliches lässt sich für alle untersuchten diskursiven Arenen zeigen.

### *Was zu tun bleibt*

Neben der Vervollständigung der Fallstudien wird es in der verbleibenden Projektzeit um eine Strukturierung des Gesamtzusammenhangs und die Konsequenzen aus unseren Befunden gehen. Eine Überwindung des derzeitigen Zustands hin zu einer gemeinsam das Integrationsprojekt tragenden Öffentlichkeit scheint nur in dem Sinne möglich, dass in einer Europäisierung des diskursiven Prozesses

jene nationalen Erzählungen beibehalten und europaweit weiterentwickelt werden, die auch europaweit kompatibel sind. Weiterhin gibt das europäische ‚Motto‘ („In Vielfalt geeint“) vor, dass kein national als unumgänglich betrachteter Diskurs *a priori* abgelehnt wird. Dafür wird es nötig sein, die eigenen und die vorhandenen europäischen Erzählungen permanent im Hinblick auf diese Anforderungen in Frage zu stellen. Im besten Fall kann dieses Projekt dabei helfen, indem es übergreifende Muster der Begründung der europäischen, supranationalen politischen Zusammenarbeit aufzeigt und die Frage zu beantworten sucht, wie diese sich im jeweiligen nationalen Zusammenhang präsentieren.

## Beeindruckende Dokumentation über die Integrationsbemühungen der letzten 60 Jahre



### Europa zwischen Spaltung und Einigung

Darstellung und Dokumentation 1945 – 2005

Vollständig überarbeitete Neuauflage

Von Curt Gasteyger

2006, 575 S., brosch., 29,- €, ISBN 3-8329-2011-0

Die Erweiterung der Europäischen Union von 15 auf 25 Mitgliedstaaten und die Diskussion um den Verfassungsvertrag einschließlich der Charta der Grundrechte regen zu neuem Nachdenken über die Zukunft Europas an. Anhand zahlreicher Schlüsseldokumente, denen jeweils eine kommentierende Darstellung vorausgeht, stellt der Autor die Spaltung des Kontinents nach 1945 und den zunächst sehr langsamen, dann aber immer schneller verlaufenden Prozess der europäischen Einigung dar.



# Nomos

Bitte bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder bei: Nomos Verlagsgesellschaft | 76520 Baden-Baden | [www.nomos.de](http://www.nomos.de)